

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 21. November 2018

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

**22 2018.RRGR.388 Motion 126-2018 Vanoni (Zollikofen, Grüne)
Glaubwürdige Mehrheitsbeteiligung des Kantons Bern an der BKW AG: Schluss mit einer Tarifpolitik, die im Widerspruch zu den energiepolitischen Zielen steht!
Richtlinienmotion**

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 22, die Motion: «Glaubwürdige Mehrheitsbeteiligung des Kantons Bern an der BKW AG [...]». Ich gebe dem Motionär, Grossrat Vanoni, das Wort.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Ich gebe zu, die Motion zur Tarifpolitik der BKW Energie AG (BKW) tönt etwas kompliziert, fast so kompliziert, wie die Tarifbestimmungen, welche die BKW ihren Kunden jeweils mitteilt. Die Urheber dieser Motion sind deshalb bereit, diese Sache zumindest hier im Grossen Rat ein wenig einfacher zu machen und ziehen die Punkte 2–4 zurück. Dies erspart mir auch, auf einen Mangel in der Stellungnahme des Regierungsrates zu diesen Punkten einzugehen. Damit bleibt der Kern der Motion übrig. Der Regierungsrat wird beauftragt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die BKW in Zukunft effektiv einen Beitrag zur Erreichung der energiepolitischen Ziele des Kantons leistet, wie das Artikel 6 des Gesetzes über die Beteiligung des Kantons an der BKW AG (BKW-Gesetz, BKWG) verlangt. In einem wichtigen Bereich, beim Abnahmepreis für Solarstrom, hat der Grosse Rat bereits mehrfach ein klares Zeichen gegenüber der BKW gesetzt.

Für mich war es nach dieser mehrfachen Willensbekundung des Grossen Rates sehr enttäuschend, als ich diesen Frühling von einem konkreten, wirklich stossenden Beispiel in einem anderen Bereich der Tarife erfuhr. Man glaubt es kaum: Hauseigentümer, die eine eigene Solaranlage installiert und in der Folge mehr als 1000 Kilowattstunden weniger Strom von der BKW bezogen haben, erhielten danach eine Rechnung, die 1000 Franken höher war als im Vorjahr. Der Grund ist nicht allein der schlechte Abnahmepreis für Solarstrom, sondern die extrem hohen Preise, welche die BKW den Eigenstromproduzenten verrechnet.

Dass der Regierungsrat zu dieser diskriminierenden Tarifpolitik gegenüber Eigenstromproduzenten nicht klarer Stellung genommen hat, ist für mich auch eine Enttäuschung. Aber immerhin hat die BKW mittlerweile aufgrund von bundesrechtlichen Vorgaben mitteilen müssen, dass sie ihre Tarifpolitik ab nächstem Jahr in diesem Punkt ändern wird und keine unterschiedlichen Tarife für Eigenstromproduzenten und Kunden ohne eigene Produktion mehr vorsieht.

Im Klartext heisst dies: Das konkrete Ziel der Motion würde ab nächstem Jahr erfüllt, aber das grundsätzliche Ziel bleibt. Die Tarifpolitik der BKW ist endlich generell mit den energiepolitischen Zielen des Kantons in Einklang zu bringen. Mit Punkt 1 dieser Motion halten wir diese Forderung aufrecht. Ich bin froh, dass der Regierungsrat bereit ist, diesen Punkt anzunehmen, und ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Ich schaue gerade noch, ob es Mitmotionäre gibt. – Das ist nicht der Fall. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht nun Grossrätin Hässig.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP). Auch «bad news are good news», und das ist wohl das Motto der BKW. Sie scheut sich nicht, negative Presse zu machen. Sie muss sich offensichtlich auch nicht scheuen. Sie maximiert ihre Gewinne auf dem Buckel fortschrittlicher Solaranlagebesitzer oder auch auf dem Buckel von uns allen, indem sie unnötig hohe Netzgebühren verrechnet. Das haben wir gerade letzthin wieder in den Medien lesen können.

Wir schreiben hier im Grossen Rat Vorstoss um Vorstoss, und es geschieht eigentlich nicht wahnsinnig viel. Das ist auch dank einer Mehrheitsaktionärin der Fall, die an der Generalversammlung nur scheinbar die Interessen der Bevölkerung vertritt und nie richtig Klartext spricht. Oder haben Sie schon einmal in den Medien gelesen, dass die Vertreterin oder der Vertreter des Kantons die BKW an der Generalversammlung öffentlich gerügt hat? Das können sie aber, das entnimmt man auch

dieser Antwort hier, die ich sehr gut finde. So könnte die Vertreterin oder der Vertreter nämlich eine flammende Rede halten und sagen, dass der Grosse Rat oder auch die Bevölkerung es total daneben finden, dass man so unsensibel und nicht fortschrittlich Politik betreibt.

Aber sind wir ehrlich: Das Management der BKW tickt einfach gleich wie ein grosser Teil unserer einflussreichen Wirtschaftsunternehmen tickt. Der Kunde ist eine Milchkuh; der Aktionär ist König; die Löhne der Chefetage sind wichtiger als die Zufriedenheit der Mitarbeitenden und so weiter. Trotz diesen Auswüchsen gibt es immer noch Leute, die solchen Unternehmen wie der BKW Steuergeschenke machen wollen, oder es gibt immer noch Leute, die schreien: Lassen Sie doch die Märkte spielen! Ja, die BKW spielt das Marktspiel super. Es kann nur eines die BKW in die Schranken weisen, und das sind nämlich klare gesetzliche Einschränkungen. Dies gilt auch für andere Wirtschaftsunternehmen, die kein Mass mehr kennen.

In der Antwort lesen wir auch, dass die Regierung ganz viele Dinge, welche die BKW falsch macht, eben nicht beeinflussen kann ... *(Das Lämpchen am Mikrofon des Rednerpults leuchtet.)* Also, so lange habe ich noch nicht gesprochen! *(Der Präsident weist die Rednerin auf die auf zwei Minuten beschränkte Redezeit im Rahmen der reduzierten Debatte hin.)* Ja, aber eine Minute kann ich schon oder? *(Der Präsident bejaht dies.) (Heiterkeit)* ... weil es im Bundesgesetz ist. Aber auch hier könnte die Regierung eigentlich Einfluss nehmen, indem sie sich nämlich beim Bund einsetzt, damit man die Löcher, welche die BKW so super auszunützen weiss, auch wieder stopft. Aber da müssen wir uns auch alle an der eigenen Nase nehmen. Wenn wir Gesetzgebungsprozesse machen, versuchen wir immer wieder Löcher zu kreieren, und das sollten wir eben eigentlich nicht tun. Also ... *(Der Präsident schaltet der Rednerin infolge überschrittener Redezeit das Mikrofon aus.)*

Präsident. Wir fahren weiter mit der EVP-Fraktion: Grossrat Aeschlimann. Die Redezeit beträgt nach wie vor zwei Minuten.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Nun hat sich «Siri» noch eingeschaltet *(in Bezug auf das aufgestartete iPad des Redners)* und will hier auch mitreden. Wenn ich die Antworten der Regierung lese, verstärkt sich der Eindruck, dass der Einfluss des Kantons aufgrund aktienrechtlicher Grenzen bei börsenkotierten Unternehmungen vor allem symbolischer Natur ist. Machen wir uns deshalb doch nichts vor, besonders nach dem x-ten Vorstoss mit gleicher Stossrichtung: Weder ein neues BKWG noch eine Eigentümerstrategie können die Aktionärsrechte erweitern und die strategische Einflussnahme des Kantons vergrössern. Nennen wir die ganze Sache doch lieber beim Namen. Die BKW ist für den Kanton viel mehr ein Goldesel als eine Bio-Kuh, die einen Beitrag zur Energiepolitik leisten soll. Wir können diese Diskussion in diesem Saal ruhig abkürzen. Die Regierung verfolgt mit der BKW eine andere Agenda. Die Chefetage der BKW soll das Unternehmen betriebswirtschaftlich optimal führen, es mit neuen Firmenkäufen von Dienstleistern in einem volatilen Energiemarkt breit abstützen und sich für die nachatomare Zeit rüsten. Aus ökonomischer Sicht hat die in einem schwierigen Marktumfeld tätige BKW nach wie vor einen hervorragenden Leistungsausweis. Aus ökonomischer Sicht liegen denn auch keine Geschenke für eine solare Förderung drin, umgekehrt sind aber Beteiligungen an Steinkohlekraftwerke durchaus möglich.

Wir können die Ziffer 1 der Motion überweisen und damit wiederum ein politisches Zeichen in Richtung Viktoriaplatz setzen. Die Frage ist nur, wie diese Rauchzeichen aus dem Rathaus dort gelesen werden. Wird geschmunzelt und damit gerechnet, dass sich der Rauch wie immer bald wieder verzieht?

Ich komme deshalb zu einem provokativen Fazit: Für die kantonale Energiepolitik und die Erreichung der energiepolitischen Ziele ist heute die BKW, einmal abgesehen von ihrem Beitrag an die Stromproduktion mit Wasserkraft, kein entscheidender Partner. Für die Erreichung der energiepolitischen Ziele braucht es vielmehr den politischen Willen eines Regierungsrates, einer Regierung, die ihre Position als Hauptaktionärin maximal ausspielt. Welche aktienrechtlich konformen Mittel sie dazu einsetzen könnte, kann ich ihnen nicht sagen. Die Erwartungen aus dem Rat haben sich aber in letzter Zeit geschärft: Die Regierung muss mehr erreichen und dafür sorgen, dass die BKW die Energiepolitik des Kantons zumindest nicht unterläuft und sie soweit wie möglich unterstützt.

Samuel Leuenberger, Bannwil (SVP). Die Fraktion der SVP stimmt dieser Motion mit Abschreibung mehrheitlich zu. Die hohe Preispolitik der BKW, insbesondere betreffend die Netztarife, hat ja in der Presse vor einigen Wochen Geschichte gemacht, und wir haben auf der dort abgebildeten Karte auch sehen können, dass insbesondere das Gebiet der BKW zu den Hochpreisinseln gehört, was die Tarife der Elektrizität in der Schweiz anbelangt.

Die SVP-Fraktion erwartet vom Mehrheitsaktionär, dass er bei der BKW auf die Tarifpolitik Einfluss nimmt und insbesondere für Strombezüger und Stromproduzenten, aber auch für die vielen KMU-Betriebe für günstige Rahmenbedingungen sorgt.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Ich glaube, wir haben es in der letzten Legislatur verpasst, wirklich Massnahmen zu treffen, damit wir die BKW politisch so führen können, wie wir es wollen. Meines Erachtens müssen wir nun auch einmal aufhören, Zeichen zu setzen. In den Schnee urinieren setzt auch ein Zeichen, und die Wirkung ist etwa die gleiche, die wir hier nun noch erzielen können. Ich bin froh, sind die Punkte 2–4 zurückgezogen. Ich hoffe einfach, die Erkenntnis sei auch in diesem Saal gewachsen, dass es ein ordnungspolitisches Versehen war, dass wir die BKW so laufen lassen, wie sie ist. Wir müssen endlich die Netze von den Dienstleistungen trennen. Erst dann können wir energiepolitisch Einfluss nehmen, ohne dass wir die BKW in ihrem betriebswirtschaftlichen Umfeld mit politischen Vorstössen behindern. Wir werden den Punkt 1 selbstverständlich trotzdem überweisen und malen auch noch einen Flecken in den Schnee.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Die BDP-Fraktion hat sich im Rahmen der Beratung des BKWG bereits dezidiert zur Frage geäussert, wie dieses Parlament auf die Geschäftstätigkeit der BKW Einfluss nehmen soll. Wir haben dort klar gesagt, dass wir trennen müssen zwischen den politischen Vorgaben und einem privatrechtlich organisierten Unternehmen, das nichts anderes tut als das, was es tun muss, nämlich sich organisieren, um auf dem Markt bestehen zu können. Wir haben auch dezidiert gesagt, dass wir das BKWG nicht wollen und auch keinen direkten Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der BKW nehmen wollen.

Sie sehen nun, was geschieht. Dieses Gesetz haben Sie mehrheitlich überwiesen. Kaum hat die Legislatur begonnen, kommen die ersten Vorstösse, mit denen man direkt auf die Geschäftspraxen der BKW Einfluss nehmen will, auch von solchen Parteien, die im Rahmen der Beratung des BKWG klar geäussert haben, dass sie auf die Geschäftstätigkeit der BKW nicht Einfluss nehmen wollen. Ich erinnere an das Votum von Sprecher Raphael Lanz bei der Beratung des BKWG.

Ich glaube, wenn wir ein privates Unternehmen wie die BKW haben und dann regelmässig mit politischen Vorstössen in ihr Geschäftsfeld hineinzureden versuchen, dann wird dieses Unternehmen irgendwann nicht mehr so funktionieren, wie es heute funktioniert. Deshalb sind wir nicht glücklich, dass dieser Vorstoss vorgelegt wurde. Wir werden den Punkt 1 annehmen, obschon wir den Zweckartikel und das BKWG nie gewollt haben. Aber das Parlament hat demokratisch entschieden und diesen Zweckartikel so verabschiedet. Deshalb werden wir den Punkt 1 annehmen. Ich bin sehr froh, sind die anderen Punkte zurückgezogen worden.

Präsident. Wünscht der Regierungsrat das Wort? – Das ist der Fall.

Christoph Neuhaus, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor. Grossrat Samuel Leuenberger hat es auf den Punkt gebracht. Sie haben bei den Beratungen des BKWG den Rahmen gesteckt, und dieser ist entsprechend einzuhalten. Und Sie sehen ja, die Regierung will das Ganze auch entsprechend annehmen. Ich war etwas überrascht wegen der Kämpfe. Aber «to put the sign», damit ich es noch einmal englisch sage, «ein Zeichen setzen»: Ich hoffe, dass es schnell Schnee gibt, dann kann man auch abliegen und einen Engel zeichnen. Das ist auch ein Zeichen; das nützt hier nichts. Die BKW ist entsprechend als Unternehmung geführt, und hierzu noch einmal der Hinweis auf das Votum von Grossrat Samuel Leuenberger. Sie können es dann nachlesen. Ich habe gefunden, man müsse es ein zweites Mal sagen. Im Leben muss man nämlich etwas 17-mal gehört, gelesen oder geschrieben haben, damit man es nachher noch weiss. Ich bin froh, wenn man das wieder in den Hinterkopf nimmt, wenn man versucht, einen neuen Vorstoss in dieser Art und Weise zu schreiben. Die Antwort können wir auch in Zukunft nicht anders geben, denn Sie haben diesen Rahmen gesteckt.

Präsident. Der Motionär erhält nur noch das Wort, wenn er in ein Postulat wandelt. In einer reduzierten Debatte gibt es keine zweite Wortmeldung. – (*Grossrat Vanoni geht zum Rednerpult.*) Der Motionär wandelt wahrscheinlich in ein Postulat.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Herr Präsident, in einem Nebensatz ist eine Bemerkung bezüglich des Abschreibens gefallen. Bisher ist «nicht abschreiben» beantragt. Oder ist «abschreiben» beantragt? Und wenn «abschreiben» beantragt ist, darf ich dann vielleicht noch dazu etwas sagen?

Präsident. Nein, in einer reduzierten Debatte eben nicht, nur wenn Sie in ein Postulat wandeln. Das sind einfach die Grundlagen, die wir uns hier im Rat geschaffen haben.

Nun warten wir gerade noch auf die Stimmzähler. – Sie haben gehört, wir stimmen nachher über den ersten Punkt dieser Motion ab. Die anderen drei Punkte sind zurückgezogen, und dann ist bei Annahme noch Abschreibung beantragt.

Die Stimmzähler sind anwesend. Wer bei dieser Motion, «Glaubwürdigkeit Mehrheitsbeteiligung des Kantons Bern an der BKW AG: Schluss mit einer Tarifpolitik, die im Widerspruch zu den energiepolitischen Zielen steht!» den Punkt 1 annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 148

Nein 1

Enthalten 0

Präsident. Sie haben diese Motion im Punkt 1 angenommen, mit 148 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen.

Nun stimmen wir über die beantragte Abschreibung ab. Wer der Abschreibung zustimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1; Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 67

Nein 78

Enthalten 5

Präsident. Sie haben dieser Abschreibung nicht stattgegeben, mit 78 Nein- gegen 67 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Ich danke dem Regierungspräsidenten für die Anwesenheit und wünsche ihm eine gute Adventszeit und einen guten Jahreswechsel. Wir warten nun auf den Volkswirtschaftsdirektor.

Die Sitzung wird kurz unterbrochen.